



## Martin Patzelt MdB



**Liebe Leserinnen und Leser,** ein politisch aufregendes Jahr geht dem Ende entgegen.

Ich bin froh und dankbar, dass wir in Deutschland trotz aller Schwierigkeiten, eine Koalition zu bilden, eine besonnene und gut arbeitende Regierung haben, die die notwendigen Geschäfte führt und dass das Parlament die unaufschiebbaren Entscheidungen ordentlich treffen konnte.

Warum also diese mediale Aufgeregtheit? Es ist in diesen Zeiten besorgniserregender Unruhen in der Welt und zunehmender Dissonanzen in der EU sowie Unwägbarkeiten für deren Wegbestimmung nicht hilfreich, durch populistische Parteien in der Bevölkerung Angst zu schüren. Diese rückwärtsgerichteten Parteien machen es für etablierte, an

Grundgesetz und Demokratie festhaltende Parteien schwer, sich zu entscheiden, ob sie in einer Regierung Verantwortung übernehmen oder lieber in der Opposition bleiben. Denn in der Regierung müssten sie auch unpopuläre Entscheidungen treffen oder sind an die Grenzen des Machbaren gebunden. Dabei könnten sie ja Sympathien von Wählern verlieren. Als stärkste Partei im Bundestag haben wir CDU/CSU Fraktion nicht die Wahl. Wir müssen Verantwortung übernehmen und das ist gut so. Denn unser Land muss auch in schweren Zeiten regiert werden und die CDU hat bewiesen, dass sie unter widrigsten Umständen das Wohl unseres Landes bisher vergleichbar hervorragend sichern konnte.

Ich wünsche Ihnen allen frohe und friedliche Weihnachten, Dankbarkeit für

alles Gute, dass Sie erfahren durften, Kraft und Verständnis für die Lasten, die Sie zu tragen haben. Ich wünsche Ihnen in dieser Zeit besonders viel Freude aneinander, Verständnis und Ermutigung.

Für mich und meine Familie ist Weihnachten eine Zeit, die Hoffnung auf den guten Ausgang alle Dinge wachsen zu lassen und mit meiner, sehr kleinen Kraft, meinen Beitrag dafür zu erbringen.

Allen sage ich Dank, die mich in den vergangenen Monaten durch Ihre Unterstützung, Wertschätzung, Ihre guten Wünsche gestärkt haben. Uns Allen miteinander wünsche ich ein gesegnetes, in jeder Weise gutes Neues Jahr 2018.

Herzlich Ihr Martin Patzelt

### Jüdisches Leben in Deutschland schützen

Zu Recht haben die antisemitischen Kundgebungen am Brandenburger Tor eine Welle der Empörung hervorgerufen. Es ist unerträglich, dass Menschen, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen und die den Staat Israel am liebsten von der Landkarte löschen würden, in unserem Land unser Recht auf freie Meinungsäußerung missbrau-

chen – und das an dem prominentesten Ort in Berlin. Flaggenverbrennungen und Sprechchöre „Tod den Juden“ können sich nicht auf Meinungsfreiheit berufen. Das ist blanker Hass und Aufruf zum Massentod. Derartige Veranstaltungen müssen konsequent verboten werden. Solche Handlungen müssen zeitnah und prioritär bestraft werden.

Das gilt besonders für das Land, das für den Holocaust verantwortlich zeichnet. Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte tragen hier eine sehr hohe Verantwortung. Wir müssen alles dafür tun, um jüdisches Leben in Deutschland genauso umfassend zu schützen wie Menschen anderer Glaubensrichtungen.

## Weimar verleiht Menschenrechtspreis an Ilham Tohti

Am vergangenen Sonntag, am Tag der Internationalen Menschenrechte, hatte ich die Ehre an der Menschenrechtspreisverleihung der Stadt Weimar teilzunehmen. Mit dem Menschenrechtspreis wurde der inhaftierte uigurische Bürgerrechtler und Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti ausgezeichnet. Tohti konnte den Preis leider nicht persönlich entgegennehmen. Im Jahr 2014 wurde er unter dem Vorwurf des Separatismus von der chinesischen Regierung zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Das harte Urteil wurde von vielen internationalen Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert.

Vor seiner Inhaftierung hatte sich Tohti für die weitgehend muslimische Volksgruppe der Uiguren in der chinesischen Provinz Xinjiang eingesetzt.

Die autonome Region gilt seit längerem als eine sehr angespannte Gegend. Tohti, Vater von drei Kindern, wurde 1969 in Xinjiang geboren. Er machte sich öffentlich für ein gleichberechtigtes und friedliches Miteinander der unterschiedlichen Völkergruppen, den Uiguren

und den Han-Chinesen, die im restlichen Land die Bevölkerungsmehrheit bilden, stark. Es ist von großer Bedeutung, dass sich jeder einzelne Mensch für Menschenrechte einsetzt, damit das Handeln der Städte und der Regierung überhaupt Sinn macht.



Dr. Annegret Nickel-Gemmeke, Ullrich Delius, OB Stefan Wolf, Gundula Gause, Margarete Bause, MdB, Enver Canvon (von links)

## Beim Tag der Menschenrechte in Osnabrück

Letzte Woche war ich Gast bei einer Podiumsdiskussion in Osnabrück anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte. Thema der Diskussion war die Lage in Nordkorea. Dabei wurde deutlich, dass nicht alle das Land als kommunistisch einstufen. Die Charakterisierung, dass es sich um ein faschistoides Regime mit einem stark ausgeprägten Führerkult handelt, ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen. Trotz der immer neuen Raketentests und gegenseitigen Drohungen zwischen Nordkorea und den

USA sollten wir die Hoffnung auf eine friedliche Lösung sowie eine Öffnung des Landes gegenüber dem Rest der Welt nicht aufgeben. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass auch autoritäre Regimes nicht bis in alle Ewigkeit regieren können. Irgendwann kommt auch für sie der Zeitpunkt des Machtwechsels. Dem tatsächlich enorm hohen Bedrohungspotenzial, das Nordkorea aufbaut, kann man nicht allein mit Machtdemonstrationen begegnen. Erforderlich sind auch deeskalierende Maßnahmen, und man muss anerkennen, dass Kim Jong-un der Mann

ist, der über die Macht im Land verfügt, und ihn entsprechend behandeln. Seine irrationalen Drohgebärden basieren ja auf tiefgreifenden historisch gewachsenen Minderwertigkeitsgefühlen und paranoiden irrationalen Ängsten.

Es ist darum sehr zu begrüßen, dass der amerikanische Außenminister jetzt Mitte der Woche dem Regime in Pjöngjang erstmals Gespräche ohne jegliche Vorbedingungen angeboten hat. Es bleibt zu hoffen, dass Kim Jong-un diese einmalige historische Chance auch ergreift.

## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Dr. Markus Zaplata  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
martin.patzelt.ma04@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata  
Beeskowerstr. 114  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/401 24 860

Um diesen Newsletter zu  
abonnieren, senden Sie uns  
bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Tausend behinderte Heimkinder entschädigt

Bereits tausend ehemalige behinderte Heimkinder haben in diesem Jahr eine Entschädigung für das ihnen zugefügte Unrecht erhalten. Das zuständige Bundessozialministerium hat dafür über zehn Millionen Euro ausgezahlt. Die ehemaligen Heimkinder, die wegen einer Behinderung oder einer psychischen Erkrankung in stationären Einrichtungen oft brutalen Betreuungsmetho-

den und Misshandlungen ausgesetzt waren, erhalten von der Stiftung zur Entschädigung behinderter Heimkinder eine pauschale Entschädigung in Höhe von 9.000 Euro sowie Rentenersatzleistungen von bis zu 5.000 Euro. Die Stiftung arbeitet seit Jahresbeginn.

Laut einer Studie des Bundessozialministeriums könnten von den über 240.000 Menschen, die in einer Ein-

richtung der Behindertenhilfe und der Psychiatrie untergebracht waren, rund 97.000 Anspruch auf Entschädigung haben. Anspruchsberechtigt ist, wer zwischen 1949 und 1975 in Westdeutschland und wer zwischen 1949 und 1990 in Ostdeutschland in einem solchen Heim untergebracht war. Betroffene können sich an die Hotline 0800/221-22 18 wenden.

## Anpassung der Diäten

Ein heftig umstrittener TOP der letzten Woche war die Entscheidung, auch für die neue Legislaturperiode die Entschädigungen für Abgeordnete an die Einkommensentwicklung der Richter der Bundesgerichte zu binden. Dies wurde bereits in der vergangenen Legislaturperiode so entschieden und macht eine extra Festlegung auf die Höhe der Entschädigungen der Abgeordneten, wie sie das Grundgesetz festlegt, unnötig. Also, jedes mal, wenn die Richtergehälter erhöht werden, erhöhen sich gleichfalls die der Abgeordneten. Ein Abgeordneter erhält also gleich hohe Bezüge wie ein Richter dort. Das erschien nach umfangreichen Fachgesprächen angemessen und beruhigt die jedes mal neu

aufflammende öffentliche Diskussion zur Erhöhe der Diäten. Die AfD nutzte diese Entscheidungsvorlage zur heftigen Kritik und verglich die Not der Flaschensammler, armen Kinder und Rentner in Deutschland mit den habgierigen Abgeordneten, die nicht genug bekommen können. Dabei zählten die AfD auch alle zweckgebundenen Sachmittel für die Arbeit der Abgeordneten wie Mitarbeitergehälter, Sachpauschalen für Büroausgaben, Reisekosten und Freifahrt bei der DB zu den Bezügen hinzu. Das war eine absichtliche Irreführung, die zwischen Wählern und Parlamentarier bzw. den anderen Fraktionen Misstrauen, Kritik und Ablehnung schüren soll. Die AfD Redner vergaßen wohlweislich dabei zu erwähnen,

dass gerade ihre Fraktion mit öffentlichen Mitteln ihre Abgeordneten in unüblichen und maßlosen Größenordnungen auf ihren Veranstaltungen verwöhnte und mit einer Fülle von Doppelmandaten die Einkünfte ihrer Abgeordneten in die Höhe „organisierte“. Erfreulicherweise konnte diese populistische und falsche Darstellung der AfD durch nachfolgende Redner aller anderen Fraktionen richtig gestellt bzw. aufmerksam gemacht werden. Ich selbst habe mich bei dieser Entscheidung enthalten, weil ich in der vergangenen Wahlperiode die damals vorgeschlagene „kräftige“ Erhöhung für unangemessen hoch hielt, grundsätzlich aber eine Koppelung an die Richtergehälter für sinnvoll halte.